

MAI 2006

Die transatlantische Agenda ist heute global. Europa und die USA können internationale Probleme wie den Terrorismus, die künftige Energieversorgung, das Aufstreben neuer Mächte in Asien und andere Herausforderungen der Globalisierung nur gemeinsam meistern. Die *Global Must Reads* fassen die wichtigsten Studien und Analysen aus amerikanischen und europäischen Think Tanks sowie internationalen Zeitschriften auf Deutsch zusammen. Dieser Service basiert auf dem Angebot unseres täglich aktualisierten Internetportals www.global-agenda.org.

- ▶ **Hoher Ölpreis – weniger Demokratie!** Seite 1
- ▶ **Neue transatlantische Agenda nimmt Form an** Seite 2
- ▶ **Globale Alterung gefährdet Emerging Markets**
- ▶ **China verhindert Aufwertung des Yuan – zum eigenen Nachteil** Seite 3
- ▶ **IWF und Weltbank in der Kritik – wie geht es weiter?**
- ▶ **Chinas militärische Aufrüstung: (k)eine Gefahr für den Westen?** Seite 4
- ▶ **Comeback der Atomkraft**

Hoher Ölpreis – weniger Demokratie

The First Law of Petropolitics, Thomas L. Friedman, *Foreign Policy*, Mai/Juni 2006

Was veranlasst den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad dazu, den Westen fortlaufend zu provozieren? Warum kann sich der venezolanische Präsident Chavez erlauben, den Westen „in die Hölle“ schicken zu wollen? Und warum wendet sich der russische Präsident Putin immer mehr von Demokratie und Freiheit ab? Drei Fragen, auf die es eine gemeinsame Antwort gibt: der hohe Ölpreis.

Thomas L. Friedman spricht vom „Ersten Gesetz der Petropolitik“: Je höher die Preise für Rohöl auf den internationalen Märkten, desto weniger Reformbereitschaft herrscht in den Ländern, deren Ökonomien hauptsächlich auf großen Ölressourcen basieren. Beispiele sind Iran, Venezuela, Nigeria oder Russland. Bei steigenden Ölpreisen werden Rede- und Pressefreiheit, demokratische Wahlen, unabhängige Justiz und Rechtsstaatlichkeit zunehmend unterhöhlt. Verstärkt wird dieser Trend dadurch, dass den betroffenen Regierungen bei wachsenden Einnahmen zunehmend gleichgültig ist, was die Welt von ihnen hält.

Der Energiehunger von Staaten wie Brasilien, Russland, Indien und China sowie der immense Energieverbrauch der USA (ca. 25% des weltweiten Energiebedarfs) halten den Ölpreis weiterhin hoch. Staaten, die auf Energieimporte angewiesen sind, müssen im Zweifelsfall die Augen vor dem Verhalten autoritärer Staaten verschließen, um den Energienachschub zu sichern.

Das „Erste Gesetz der Petropolitik“ beschreibt mögliche Auswirkungen auf die Stabilität der globalen Ordnung. Der hohe Ölpreis sollte deshalb nicht nur den US-Finanzminister beunruhigen, sondern auch seine Kollegin aus dem Außenministerium: Jede Strategie zur Verbreitung von Demokratie, die keine vernünftigen und nachhaltigen Alternativen zum Öl beinhaltet, ist über kurz oder lang zum Scheitern verurteilt. Allerdings haben derartige außenpolitische Ideale nur dann eine Chance, wenn gleichzeitig Wege zu echten energiepolitischen Alternativen beschrritten werden.

[Mehr...](#)

Neue transatlantische Agenda nimmt Form an

The New Transatlantic Agenda, Suat Kiniklioglu, *German Marshall Fund*, 03.05.2006

Energiesicherheit, Terrorismus, Migration, die Verbreitung von nuklearem Material sowie die Herausforderungen durch aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China, Indien und Brasilien bestimmen die neue transatlantische Agenda. Die traditionellen Sicherheitsthemen aus der Zeit des Kalten Krieges rücken in den Hintergrund. Dies zeigte das erste Brussels Forum, eine Diskussionsplattform für Europäer und Amerikaner zu aktuellen Themen.

- Darfur: Speziell die amerikanischen Teilnehmer riefen zu schnellem Handeln in der Region auf. Aufgrund der zunehmenden Interventionen in Krisengebieten halten die Rufe nach einer Ausweitung der NATO-Agenda an. Afghanistan und Darfur sind zugleich Herausforderung und Chance für eine Neudefinition der NATO-Rolle.
- Türkei: US-Senator John McCain und der US-Diplomat Richard Holbrooke hoben die Rolle der Türkei in den transatlantischen Beziehungen hervor. Sie bezeichneten die Türkei als Verbündeten, der die östliche Flanke der NATO verteidigt und eine wichtige geostrategische Position innehat. Die Haltung der EU gegenüber der Türkei habe daher direkte Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen.
- Russland: Die Teilnehmer sahen die Notwendigkeit, dass Russland zur Bewältigung der Iran-Krise voll einbezogen wird. Doch die Kritik an dem autoritären Regierungsstil von Präsident Putin hält an. Dabei wurde deutlich, dass Europäer und Amerikaner zum Umgang mit Russland sehr unterschiedliche Ansichten vertreten.
- Energie: Den EU-Mitgliedern fehlt eine einheitliche Energiepolitik. Da hier keine Einigung in Sicht ist, könnte der Türkei eine wichtige Rolle zukommen, wenn es um die Sicherung der europäischen Energieversorgung geht. Statt über Russland könnte das Gas zukünftig verstärkt durch türkische Pipelines nach Europa fließen.

Die neue transatlantische Agenda wird maßgeblich durch die Ereignisse des 11. September 2001 und die Folgen bestimmt – von Afghanistan bis Irak. Daneben spielen sowohl die steigenden Ölpreise als auch der wirtschaftliche Aufstieg Chinas und Indiens eine große Rolle. Gleichzeitig schwindet die Bedeutung der USA als globale Führungsmacht. Die zukünftigen Herausforderungen verlangen deshalb von beiden transatlantischen Partnern, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und daran zu arbeiten, dass man auch zukünftig eng zusammensteht. [Mehr...](#)

Globale Alterung gefährdet Emerging Markets

Growing Old the Hard Way: China, Russia, India, Nicholas Eberstadt, *Policy Review*, Mai 2006

Zahlreichen Entwicklungsregionen und Staaten der Dritten Welt steht ein dramatischer Alterungsprozess bevor. Während zwischen 2005 und 2025 die dortige Bevölkerung um etwa 25% wächst, nimmt die Gruppe der über 65-jährigen überproportional zu. Allein in der Dritten Welt wird sich ihr Anteil bis 2025 auf über 550 Mio. verdoppeln.

Bisher galten alternde Einwohner nur als Problem der wohlhabenden OECD-Staaten. Doch aufgrund niedriger Geburtenraten werden auch die Bevölkerungen von Regionen wie Ost- und Südasiens, dem Mittleren Osten, Osteuropa und Lateinamerika zunehmend altern, wenn auch unterschiedlich:

- Indien, Indonesien und Mexiko werden auch 2025 noch ein jüngeres Altersprofil aufweisen als die USA im Jahr 2003 (mittleres Alter 36 Jahre).
- Die Bevölkerungen Chinas und Thailands werden 2025 etwa so alt sein wie die der EU-15-Länder heute (mittleres Alter 39 Jahre).
- Russland und Polen werden 2025 über ältere Bevölkerungen verfügen als Japan heute (mittleres Alter 42 Jahre).

Kurzfristig kann dieser Trend nicht gestoppt werden. Allerdings könnten die negativen Folgen der rapiden Alterung abgeschwächt werden – z.B. durch:

- Mindestmaß an staatlicher Absicherung im Rentenalter: Im Vergleich zu China und Indien hat nur Russland ein System, das zumindest versucht, alle Rentner zu versorgen.
- Veränderung des Banken- und Finanzsystems: Besonders China muss ein transparenteres, effizienteres und zukunftsfähigeres Finanzsystem einführen, um weiterhin Wirtschaftswachstum zu sichern.

- Investitionen in Bildung: Indien muss seinen zahlreichen Analphabeten zumindest eine Grundschulbildung ermöglichen.

Ebenso wie die OECD-Länder, werden auch die Emerging Markets die negativen Auswirkungen von alternden Bevölkerungen auf Ersparnisse und Wachstumsraten zu spüren bekommen. In der globalisierten Welt kann ein verlangsamtes Wachstum in einer Großregion Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in allen anderen Regionen haben. Die Industrieländer sollten daher die möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels in der Dritten Welt auf die Weltwirtschaft frühzeitig untersuchen. [Mehr...](#)

China verhindert Aufwertung des Yuan – zum eigenen Nachteil

China Needs to Float the Yuan – for China's Sake, John H. Makin, *American Enterprise Institute*, Economic Outlook, Mai 2006

Die niedrige Bewertung der chinesischen Währung kann für China zum großen Problem werden. Außerdem birgt sie ernste Gefahren für die Weltwirtschaft.

Seit Juli 2005 gewann der Yuan gegenüber dem Dollar nur um 3,3% an Wert. China musste in diesem Zeitraum Währungsreserven in Höhe von 250 Mrd. Dollar anschaffen, um seine Währung niedrig zu halten. Das entspricht etwa 12,5% des chinesischen BIP. Doch so sehr sich die USA und Europa auch beschweren – am größten ist die Gefahr für China selbst.

Die Chinesen stehen vor dem Problem, dass sie ihr gewachsenes Vermögen sicher und profitabel anlegen wollen. Allerdings bestehen große Hürden für Kapitalanlagen im Ausland, was dazu führt, dass viele Chinesen ihr Geld entweder den insolventen chinesischen Banken anvertrauen oder durch Immobilienkäufe die Grundstückspreise weiter in die Höhe treiben. Gleichzeitig verursacht China einen weltweiten Liquiditätsboom. Immer mehr Chinesen investieren in Gold und Silber, um ihr Vermögen im Ausland zu lagern. Das vom geringen Währungskurs angeheizte chinesische Wachstum treibt derweil alle anderen Rohstoffpreise in die Höhe.

China muss handeln: Es könnte die Beschränkungen gegen Kapitalabwanderung lockern, was den Druck auf die Währung mindern würde. Doch ob das instabile chinesische Bankensystem einen derartigen Geldabfluss verkraftet, ist fraglich. Also bleibt nur eine massive Aufwertung des Yuan um etwa 10% pro Jahr – mit der Folge, dass der Liquiditätsstrom nach China abebbt und die Wachstumsraten schrittweise zurückgehen.

Sollte China seinen Kurs nicht ändern, droht Gefahr: Eine stolpernde chinesische Wirtschaft wäre Gift für Japans wirtschaftliche Erholung und würde dem Wachstum in anderen asiatischen Schlüsselwirtschaften wie Südkorea, Indonesien oder Taiwan schaden. Dies wiederum würde die US-Exporte in die Region und die Kapitalströme in die USA verringern. Gleiches gilt für Europa. Die nachfolgende Krise könnte dabei das Ausmaß der Asienkrise von 1997 annehmen. [Mehr...](#)

IWF und Weltbank in der Kritik – wie geht es weiter?

The Globalizers in Search of a Future: Four Reasons why the IMF and World Bank must change, and four ways they can, Ngaire Woods, *Center for Global Development*, April 2006

Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank geraten immer mehr in die Kritik. Lange Zeit wurden beide Institutionen von den reichen Ländern kontrolliert. Doch damit könnte schon bald Schluss sein:

- Beiden Einrichtungen geht das Geld aus. Sie wurden im Laufe der Zeit immer abhängiger von Kreditzinsen aus den Schuldnerländern. Große Rückzahlungen, unter anderem von Brasilien und Argentinien, lassen die Krediteinnahmen schrumpfen.
- Immer mehr Kreditnehmer sehen sich nach anderen Geldgebern um. Der IWF gilt als Instrument der US-Politik und die Weltbank leidet unter ihren bürokratischen Strukturen. Vor allem asiatische Staaten wenden sich zunehmend an private Institutionen, trotz der meist höheren Kosten.
- Um die Kredite zu sichern, wurden diese an strenge Auflagen gekoppelt. Obwohl sich dieses Verfahren oft als nicht besonders erfolgreich erwiesen hat, halten beide Institutionen daran fest, anstatt angemessen auf die Einzelfälle einzugehen.

Interessanter Weise wird eine Reform von IWF und Weltbank am lautesten von den reichen Ländern gefordert. Sie wollen Krisen schnell überwinden und Kapital weltweit

verfügbar halten, um die wirtschaftliche Globalisierung nicht zu behindern. Dazu bedarf es einer Reihe von Veränderungen:

- IWF und Weltbank müssen verstärkt auf „Kundenwünsche“ eingehen. Ihren Mitarbeitern sollte mehr Zeit gegeben werden, um gezielt auf die Umstände in den einzelnen Ländern reagieren zu können.
- Schuldnerländer sollten in die Beschlussfassung eingebunden werden. Bisher bestimmen die USA bzw. Europa den Weltbankpräsidenten und den Managing Director des IWF. Eine Umstrukturierung der Vorstände könnte zu mehr Transparenz und Verantwortlichkeit verhelfen.
- Der Fokus sollte stärker auf den jeweiligen Bestimmungen der beiden Institutionen liegen. Der IWF wurde gegründet, um monetäre Kooperation und finanzielle Stabilität zu fördern. In Zukunft wäre eine Rolle als Versicherer und Berater denkbar, dem auch die asiatischen Staaten wieder Vertrauen schenken könnten. Die Weltbank kann Geld an den Kapitalmärkten aufnehmen, um ihren Mitgliedern bei Entwicklung und Wiederaufbau zu helfen. Sie muss attraktiver für die Schuldner werden, damit die Länder nicht – trotz höherer Kosten – private Geldgeber bevorzugen. [Mehr...](#)

Chinas militärische Aufrüstung: (k)eine Gefahr für den Westen?

The Scope of China's Military Threat, Ester Pan, *Council on Foreign Relations*, 02.06.2006

Ein aktueller Bericht des US-Verteidigungsministeriums äußert Bedenken angesichts der militärischen Aufrüstung Chinas. Die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte stelle eine potentielle Gefahr für die amerikanischen Truppen dar, die in der Region operieren. Aber geht von China wirklich eine derart große militärische Bedrohung aus, wie das Pentagon weismachen will?

China hat seine jährlichen Militärausgaben in den letzten 15 Jahren kontinuierlich gesteigert, laut offiziellen Angaben auf etwa 30 bis 35 Mrd. Dollar. Experten schätzen die Ausgaben auf etwa 50 bis 65 Mrd. Dollar, das Pentagon geht von bis zu 105 Mrd. Dollar pro Jahr aus. Zum Vergleich: Das US-Verteidigungsbudget für 2006 beträgt etwa 420 Mrd. Dollar. Das ruft Kritiker auf den Plan, die in der chinesischen Aufrüstung keine Gefahr für die militärische Dominanz der USA in Asien oder anderenorts sehen. Sie halten die Warnungen des Pentagon für eine pure Rechtfertigungsstrategie der immensen US-Verteidigungsausgaben.

Der größte Teil der chinesischen Aufrüstung gilt der Taiwan-Frage. China hat zwischen 700 und 800 Kurzstreckenraketen an der Taiwan-Straße aufgestellt und in eine neue Klasse von Amphibienschiffen investiert. Der Ausbau der Luft- und Seestreitkräfte könnte aber auch auf die Expansion der chinesischen Militärkraft nach Ostasien abzielen. Doch Experten halten diese Gefahr für gering und sehen vielmehr die chinesische *soft power* in der Region auf dem Vormarsch. Besonders Japan aber beobachtet die Aufrüstung Chinas mit Sorge und verstärkt sein Militär. Mit 40 bis 50 Mrd. Dollar besitzt Japan offiziell das weltweit zweitgrößte Verteidigungsbudget. Immer lauter werden deshalb die Warnungen vor der zeitgleichen Aufrüstung Chinas und Japans.

Ein Ausweiten der chinesischen Militärmacht über Asien hinaus gilt als wenig wahrscheinlich. Die von China, Russland und weiteren zentralasiatischen Staaten gegründete Shanghai Cooperation Organization (SCO) ist eher als Antwort auf die Demokratieverbreitung der USA in Zentralasien zu sehen.

Die USA versuchen ihre Position durch Ausbau der Beziehungen zu zwei Hauptivalen der Chinesen zu stärken: Japan und Indien. China baut seinen Einfluss in den benachbarten Ländern aus, u.a. mit Hilfe der SCO. Doch ist dies eher als Absicherung denn als Konfrontation zu verstehen. Beide Akteure sollten sich wieder stärker auf die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen konzentrieren, was ganz im Interesse der Chinesen liegen dürfte. Immerhin genießen anhaltendes Wachstum und soziale Stabilität nach innen größte politische Priorität bei der chinesischen Regierung. [Mehr...](#)

Comeback der Atomkraft

The shape of things to come, *The Economist*, 01.06.2006

Nicht zuletzt die Debatte um Klimaerwärmung und Energiesicherheit hat die umstrittene Nuklearenergie wieder ins Gespräch gebracht. Zahlreiche Länder bauen

oder planen neue Reaktoren. Dennoch bleiben Zweifel an Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Atomkraft.

Heute werden weltweit 441 Reaktoren in 31 Ländern betrieben, die 17% des global erzeugten Stroms produzieren. Bis vor kurzem wurde noch nach Lösungen gesucht, wie man diese Reaktoren möglichst effizient vom Netz nehmen kann. Inzwischen denkt man über die Verlängerung ihrer Laufzeiten nach. Gleichzeitig werden 32 neue Reaktoren gebaut, der Großteil in Indien, China und den Nachbarländern.

Die neuen Kraftwerke gehören der so genannten dritten Generation an. Sie versprechen ein Höchstmaß an Fortschritt und Sicherheit – so fahren sie bei Ausfall der Kontrollsysteme automatisch herunter. Allerdings verursachen diese Reaktoren zum Teil höhere Betriebskosten.

Der neueste Reaktor entsteht gerade im finnischen Olkiluoto und ist mit verschiedenen Sicherheitsmechanismen ausgestattet. Dazu gehört neben vier unabhängigen Notfalkühlsystemen auch eine sichere Hülle, die zufälligen oder gewollten Flugzeugabstürzen widersteht. Dieser Reaktor hat nach seiner Fertigstellung 2009 eine Leistung von 1600 Megawatt und kann etwa 1,8 Mio. Haushalte mit Strom versorgen. Ein ähnliches Modell soll bis 2012 im französischen Flamanville entstehen. Inzwischen wird schon an der vierten Generation von Atomreaktoren gearbeitet, die zwischen 2030 und 2040 gebaut werden könnte. Dazu ist ein 10-Nationen-Forschungsprogramm entstanden, an dem unter anderem die USA, Großbritannien, China, Frankreich, Japan, Südafrika und Südkorea mitarbeiten. Offen bleibt, ob diese Generation auch wirklich sicher ist. Bis 2030 wird man es genauer wissen. [Mehr...](#)

Weitere Zusammenfassungen finden Sie unter www.global-agenda.org



The screenshot shows the navigation menu of the Global Agenda website. At the top, there is a logo for 'GLOBAL AGENDA' with a globe icon. Below the logo, there are three main categories of navigation links:

- INTERNATIONALE POLITIK**
 - Massenvernichtungswaffen und Terrorismus
 - Freiheit und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten
 - Entwicklungspolitik/Kampf gegen Armut
 - NATO/ESVP
 - Klimawandel/Umweltschutz
 - Zukunft der UN/Global Governance
- Globale Wirtschaft**
 - Energie/Rohstoffe/Wasser
 - Bildung/Forschung/Technologie
 - Demographie/Global Aging/Migration
 - Weltwirtschaft und Handel
 - Kapitalmarkt/Corporate Governance
 - Corporate Citizenship/CSR
- STRATEGISCHE REGIONEN**
 - China
 - Indien
 - Russland/Ukraine
 - Asien
 - Afrika
 - Lateinamerika



Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Eddie Hartmann

© Atlantische Initiative e.V. – Linkstrasse 12/Potsdamer Platz – 10785 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 206 337 90

Email: info@atlantische-initiative.org

Neben der Webseite www.global-agenda.org und den *Global Must Reads* rundet der *U.S. Press Digest* unser Serviceangebot ab. Wir lesen für Sie täglich mindestens 5 amerikanische Top-Zeitungen wie die New York Times und das Wall Street Journal und bereiten die wichtigsten Nachrichten komprimiert in Deutsch auf.



Sollten Sie an einem weiteren kostenlosen Bezug der Global Must Reads nicht interessiert sein, schicken Sie bitte eine Mail an info@atlantische-initiative.org.